



BVG muss sich bewegen



Foto: Jörg Rückmann

„Ich sehe keinen Anlass zu Veränderungen“. So kommentierte BVG-Marketingdirektor Tom Reinhold im rbb eine Protestaktion behinderter Menschen an der Kreuzung Rhinstraße/Allee der Kosmonauten. Seit dem 12. Dezember 2004 müssen täglich über 1 000 Fahrgäste, vor allem Patienten und Gäste des Königin-Elisabeth-Krankenhaus (KEH), an dieser verkehrsreichen Ecke umsteigen.

Seit dem Entwurf des so genannten „BVG-2005-plus“-Konzeptes verwirft die BVG alle von Bürgern, dem Bezirk, der Senatsverwaltung und dem Abgeordnetenhaus vorgetragene Überlegungen. Inzwischen haben sich 1905 Berliner mit ihrer Unterschrift für die Wiedereinführung der umsteigefreien Straßenbahnverbindung entlang der Linie 27 von Johannisthal bis zur Virchowstraße ausgesprochen. Sie bekräftigen damit auch den auf Initiative der

Rhinstraße/Allee der Kosmonauten: Umsteigen ist nicht nur bei schlechtem Wetter für Rollstuhlfahrer beschwerlich.

PDS in der Lichtenberger BVV im November 2004 gefassten Beschluss.

Am 4. März 2005 werden deshalb Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich, KEH-Geschäftsführer Dr. Rainer Norden und sein kaufmännischer Direktor Michael Mielke, BVV-Vorsteher Rainer Bosse sowie der Vorsitzende des Lichtenberger Behindertenbeirates und stellvertretende Vorsitzende des Berliner Behindertenverbandes Horst Lemke gegenüber BVG-Chef Herr von Arnim noch einmal deutlich machen: Das hoch subventionierte landeseigene Verkehrsunternehmen muss sich der Tatsache stellen, dass in diesem Fall wirtschaftliche Aspekte von nachgeordneter Bedeutung sind. *Joachim Pampel*

Es geht um Befreiung

von Dr. Bernd Ihme, Fraktionsvorsitzender der PDS in der BVV Lichtenberg

Je näher der 8. Mai rückt, desto intensiver werden die Debatten zum Umgang mit dem historischen Jahrestag, der sich zum 60. Mal jährt. Vom „Ende des Krieges“ ist die Rede, von der „Niederlage Deutschlands“, vom „Leiden der Deutschen“ und von „zwei deutschen Diktaturen“. Der Kern dieses Ereignisses wird dabei bewusst verschleiert. Es ist und bleibt der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Daran hält die PDS als konsequent antifaschistische Partei in der öffentlichen Auseinandersetzung ohne Wenn und Aber fest.

Wer den Schwur der Buchenwaldhäftlinge „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ ernst nimmt, der muss, wenn er über den 8. Mai 1945 nachdenkt, auf Rechtsextremismus und Neofaschismus zu sprechen kommen.

Ich hielt es für richtig und gut, dass zum Protest gegen einen Neonazi-Aufmarsch im November 2004 Vertreter aller Parteien der BVV auf einer Kundgebung auftraten und gemeinsam gegen das Aufleben des braunen Ungeistes ihre Stimme erhoben. Ich halte es jedoch für unverantwortlich, dass danach von Vertretern der anderen Parteien in der BVV der Versuch unternommen wurde, diese gemeinsame Aktion zu relativieren und eine Debatte über „Extremisten von links und rechts“ loszutreten. Angesichts aktuellen Geschehens und mit Blick auf das bevorstehende historische Ereignis kann es doch nur einen Willen aller demokratischen Kräfte geben: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Toleranz auftreten!

In dieser Ausgabe

- Von der 3. Hauptversammlung der PDS (Seite 3)
- Nazis den Ton abdrehen: Aufmucken gegen rechts (Seite 4)
- 110 Jahre Karlshorst (Seite 4)
- Interview mit Harald Wolf (Seite 6)
- Nein zu Studiengebühren (Seite 5)

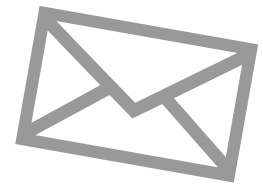


Foto: privat

Die Gewinner unseres Preisausschreibens („info links“ 10/04): Frau Wall und ihre Enkelin besuchten auf Einladung der PDS-Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann (Bildmitte) das EU-Parlament.

Helft der PDS in NRW!

Die PDS Nordrhein-Westfalen will zu den Landtagswahlen am 22. Mai antreten. Eine erste Hürde ist das Wahlgesetz. NRW hat 128 Wahlkreise. Die PDS muss in allen Wahlkreisen direkt kandidieren, sonst ist sie nicht überall wählbar. Dazu müssen wir bis zum 4. April 100 Unterschriften pro Wahlkreis sammeln. In ca. 45 Wahlkreisen schaffen wir das aber nicht allein.

Darum sind alle östlichen und auch einige westliche Landesverbände bereit zu helfen. Seit 1990 haben viele Menschen die neuen Bundesländer verlassen. In erster Linie sind sie der „Arbeit nachgezogen“, nicht wenige haben sich in NRW niedergelassen.

Es wäre sehr wichtig für uns, wenn ihr der Landesgeschäftsstelle Anschriften von Bekannten und Verwandten in NRW mitteilt, die eventuell bereit sind, unsere Wahlvorschläge zu unterschreiben. Vielleicht ist es sogar möglich, dass ihr sie vorher von unserem Anliegen informieren könnt. Wir denken, dass über diesen Weg ein paar Hundert Adressen zusammen kommen können.

■ **Kontakt:** PDS NRW, Michael Kretschmer, Corneliusstraße 108, 40215 Düsseldorf
E-mail: pds-nrw@t-online.de,
Telefon: 0211-358907

Beim Bier mit Petra Pau

Am 28. Januar lud die „Kartoffelscheune“ am Tierpark zu einem Bier mit der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau ein. Die Fragen der Gäste reichten von den Folgen der Agenda 2010 bis zu den Nebenverdiensten von Parlamentariern und den herannahenden Bundestagswahlen. Gerade hier hob Petra Pau hervor, dass es der PDS noch stärker gelingen muss, die verheerenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Schröderschen Politik deutlich zu machen, um so z.B. auch kleine und mittlere Gewerbetreibende, die jetzt noch nicht die Leidtragenden dieser Politik sind, für das Angebot der PDS zu interessieren. Dies sei auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Partei nach den nächsten Bundestagswahlen wieder in Fraktionsstärke im Parlament vertreten ist.

Die „Kartoffelscheune“ hat weitere Veranstaltungen geplant. *Dr. Stephan Müller*

Da staun' ich aber

„Von keinem Bürger in unserem Land wird verlangt, seine privaten Einkünfte und sein Vermögen zu offenbaren. Das Steuergeheimnis gehört zu den wichtigsten Rechten, die alle Bürger haben, selbst wenn sie Parlamentarier sind. In dieser Gesellschaft muss niemand gegenüber einem Dritten seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die seiner Familie offenbaren“, erklärte der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper, zur Diskussion über „Nebentätigkeiten von Abgeordneten“. Von den Zumutungen des „Hartz-IV-Gesetzes“ hat Herr Momper wohl noch nichts gehört, meint -kl- zum *Landespressedienst Nr. 14, 20.1.2005.*

Abschiebung ist inhuman

Viele kannten den freundlichen, engagierten Angolaner: Manuel Lucio Barros arbeitete seit Jahren ehrenamtlich im Afro-Kultur-Zentrum der Kiezspinne, dem soziokulturellen Zentrum in der Frankfurter Allee Süd. Er gab deutschen und ausländischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Trommel- und Tanzunterricht, brachte ihnen afrikanische Kultur nahe, war Mitglied der multikulturellen Gruppe Muxima. Er gehörte zu uns, war geachtet und beliebt.

Vor 16 Jahren wurde er als Vertragsarbeiter in die DDR geholt, jetzt auf Entscheidung des Berliner Innensenators Körting abgeschoben. Und dies trotz seiner lebensbedrohlichen Herz-Kreislauf-Krankheit, trotz vielfältiger Fürsprache, auch der Kiezspinne, und gegen das einstimmige Votum der Härtefallkommission für sein Bleiberecht.

Wofür haben wir eine Härtefallkommission, wenn deren Meinung nichts gilt? In ihr sitzen Vertreter von Senat, Sozialverbänden und Kirchen, engagierte Menschen, die verantwortungsbewusst im Sinne der Humanität arbeiten. Letztlich waren aber Formalien und vor allem Schwarzfahren in Berliner Verkehrsbetrieben für Richter und Innensenator Grund genug für ein mögliches Todesurteil, denn in dem bitterarmen Angola wird er nicht die notwendige medizinische Versorgung erhalten. Er hat dort keine Angehörigen mehr und steht völlig mittellos da.

Die Fernsehsendung „Klartext“ berichtete über seinen Fall am 16. Februar, auch mehrere Zeitungen nahmen sich der Sache an. In der Kiezspinne ist das Entsetzen groß.

Es handelt sich um eine zutiefst inhumane Entscheidung eines Koalitionspartners der PDS, eine Entscheidung, die den Grundwerten der PDS widerspricht. Deshalb protestierten Delegierte und Gäste der 3. Hauptversammlung Lichtenberg in einer Resolution gegen die Abschiebung.

Maja-Helen Feustel

Noch ein „Projekt 05“

Die Seite 6 der Januarausgabe von „info links“ müssen Sie wohl mit geschlossenen Augen abgenickt haben. Tippfehler und eine grausliche Bürokratisprache, die unter dem sonst passablen sprachlichen Niveau Ihres Blattes liegt, legen diesen Schluss nahe. Empfehlen Sie Ihrem Autor -tl- unbedingt, auch Sprachprofil als „Projekt 05“ mit aufzunehmen. Auf Wortungetüme wie „Verwaltungsreform-Prioritätenliste“ können die Leser sicher verzichten.

Rainer Berger

Genossin an der Basis:

Eveline Hahn

Da wo sie geboren und aufgewachsen ist, wohnt sie heute noch. Ihr Großvater hatte mit eigenen Händen das Loch gegraben, wo das Familienhaus entstand. Sie ist also eine Ureinwohnerin von Hohenschönhausen – viele Jahre am äußersten Stadtrand, jetzt dicht am Zentrum des Neubaubezirks wohnend.

Faschismus und Krieg erlebte Eveline als Kind. Die Eltern sprachen nie über Politik, schon gar nicht vor ihr. Die Schule beendete sie mit der 10. Klasse, und in dem Betrieb, wo sie ihren Beruf erlernte, blieb sie 40 Jahre lang: bis zur „Abwicklung“ 1992. Es war – unter verschiedenen Namen – der Handel mit Möbeln und Sportartikeln. In diese Zeit fielen die Abendoberschule mit Abitur und das Fernstudium, das sie als Diplomökonomin abschloss; der Eintritt in die SED; relativ spät die Heirat und die Geburt ihrer beiden Kinder.

Frauenalltag in der DDR: Ganztagsberuf, Qualifizierung, gesellschaftliche Arbeit, Familie. Und nach manchen Dingen musste man lange anstehen. Dazu Haus und Garten. Ohne die sozialen Einrichtungen, vor allem die Kinderbetreuung, wäre das nicht möglich gewesen. „Doch wir erwarben uns Kompetenz und Selbstbewusstsein.“

Eveline Mann starb kurz vor der „Wende“, da ging die Tochter noch zur Schule. So gab es neue Sorgen. Es kam ihr nie in den Sinn, die Partei zu verlassen. „Ich bin doch nicht eingetreten, um Karriere zu machen“, sagt sie. Und als sie in den Vorruhestand ging, wollte sie sich weiterhin nützlich machen.

Sie hat viele Freunde im Wohngebiet. Und sie braucht eine Gemeinschaft von



Foto: Inge Junginger

Gleichgesinnten. Im Sprecherrat ihrer Basisgruppe und in der Ortsgruppe der Volkssolidarität leistet sie eine anerkannte Arbeit.

Schon viele Jahre gehört Eveline Hahn zum „Stamm“ der Rentnertruppe, die zuerst die Hohenschönhausener Geschäftsstelle der PDS, jetzt das Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch mit betreut. Es ist schön, dass hier junge Leute arbeiten und noch mehr aus und ein gehen. Nur so kann sich die Partei erneuern. Aber Eveline – und mit ihr die anderen Rentner aus der Truppe – wünscht sich mehr Kontakt mit den Jugendlichen: Beides läuft nebeneinander her. Und mehr Verantwortung für Ordnung und Sauberkeit im Büro. „Die Jugend muss uns schließlich einmal ablösen.“

„info links“ wünscht Eveline Hahn und den vielen anderen tüchtigen Genossinnen zum Internationalen Frauentag weiterhin viel Kraft für unsere großen Aufgaben.

Inge Junginger

Nicht besonders mutig

Eine „info links“ – beschmiert mit rechten Parolen und Schimpfworten – landet anonym im Briefkasten der PDS-Geschäftsstelle.

„Ich wünsche keine Post von der SED!“ – das war noch das Harmloseste, was Sie uns da an den Kopf gedonnert haben.

Aber immerhin hatten Sie die Muße, „info links“ Seite für Seite durchzublättern. Das finden wir natürlich zuerst einmal gut. Ich vermute jedoch, Sie haben nicht einen einzigen Artikel wirklich gelesen. Einfach nur Bilder und Schlagzeilen angucken befähigt aber noch nicht, wenigstens drei sinnvolle Sätze zu einem Thema sagen zu

können. Lesen bildet!!! Ganz nebenbei verbessert man auch seine orthographischen Fähigkeiten ein wenig.

Sie kritzeln Beleidigungen auf jede einzelne Seite, nehmen dann einen Briefumschlag, stellen auf Ihrem Computer einen Adressaufkleber her, tüten die beschmierte Zeitung ein, laufen zum Briefkasten ... Ich schätze mal, Sie haben sich summa summarum ein knappes Stündchen mit der PDS beschäftigt. Im Prinzip ist das toll – von den Beschimpfungen einmal abgesehen. Aber wozu der ganze Aufwand, wenn Sie anschließend nicht den Mumm haben, uns Ihren Namen zu verraten. „Mut beweist man nicht mit der Faust allein“, sagt schon Erich Kästner, „man braucht den Kopf dazu.“

Jörg Rückmann, „info links“-Redaktion

3. Hauptversammlung der PDS Lichtenberg

Bericht von der 1. Tagung am 19. Februar 2005 im Audimax der „Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin“

120 Delegierte aus 165 Lichtenberger Basisorganisationen wählten am 19. Februar einen neuen PDS-Bezirksvorstand.

Als Vorsitzende des nunmehr 14-köpfigen Gremiums wurde Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch wiedergewählt. Sie will den mit etwas mehr als 2000 Mitgliedern zahlenmäßig stärksten PDS-Bezirksverband erfolgreich über den Wahlmarathon 2006 führen. Stellvertretender Vorsitzender wurde erneut Michael Stadler. (Alle Mitglieder des neuen Bezirksvorstandes → siehe Kasten.)

Die Tagung verabschiedete die Resolution „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“, in der es u. a. heißt: „Auch wir ... stellen uns der Umdeutung von Geschichte entgegen. Für uns ist und bleibt der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung vom Faschismus und der Tag, der den Neubeginn, den Aufbau einer gerechten Gesellschaft ermöglichte. Wir können nicht akzeptieren, dass ein einseitiges und verzerrtes Bild über den Zweiten Weltkrieg vermittelt wird, in dem der kriegsentscheidende Beitrag der Sowjetunion zur Randerscheinung wird.“

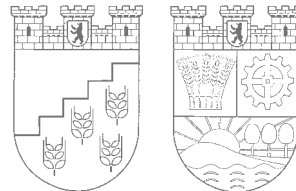
Der neue Vorstand wurde verpflichtet, bis Ende dieses Jahres eine schriftliche Bilanz zur Erfüllung des PDS-Kommunalwahlprogramms vorzulegen und eine Basiskonferenz im Juni zum Thema Bürgerkommune Lichtenberg einzuberufen.

Delegierte und Gäste der 3. Hauptversammlung protestierten in einer Resolution gegen die Abschiebung des seit 1989 in Deutschland lebenden Angolaners Manuel Lucio dos Anjos Barros, die dieser Tage trotz einstimmigen Vetos der Härtefallkommission für Bleiberecht von Innensenator Körting durchgesetzt worden war.

■ Weitere Infos: www.pds-lichtenberg.de
Christine Hempel

Die Mitglieder des neu gewählten Bezirksvorstandes:

Helmut Adolf, Christa Geyer, Michael Grunst, Dr. Bernd Ihme, Christine Hempel, Katrin Kluger, Dr. Gesine Löttsch (Vorsitzende), Dagmar Schadow, Wolfgang Schmidt, Dr. Steffi Schulze, Michael Stadler (Stellvertretender Vorsitzender), Dan Stargard, Jürgen Steinbrück, Inge Uessler



Nazis den Ton abdrehen

Wenn braunes Gedankengut immer mehr Anhänger findet, wenn in Sachsen die NPD bei der Landtagswahl 9,2% der Stimmen bekommt, wenn jeder fünfte Jungwähler NPD oder DVU wählt, wenn Ausländer auf der Straße zusammengeschlagen werden und Neonazis an Schulen versuchen Nachwuchs anzuwerben, wird es höchste Zeit, aktiv zu werden!

Der Lokale Aktionsplan für Demokratie und Toleranz zeigt, dass im Bezirk Lichtenberg rechtsextremistische Organisationen, Parteien und Jugendliche aktiv vor Ort sind. Dies ist Anlass und Motiv der Lichtenberger Aktion „Aufmucken gegen Rechts“ als Teil der gleichnamigen bundesweiten Aktion. Wir – der PDS-nahe Jugendverband [solid] Lichtenberg – und unsere Partner wollen über die Hintergründe rechtsextremer Jugendkultur informieren, ihre menschenverachtenden Inhalte entlarven, unsere Kam-

pagne vorstellen und praktische Tipps geben, was gegen die neonazistische Hetze getan werden kann.

Mittelpunkt des Projektes ist eine CD mit Songs gegen Rechts von namenhaften Künstlern und Bands wie Seed, Konstantin Wecker, Die fantastischen Vier und Jan Delay, die kostenlos an Jugendliche verteilt wird. Ein weiterer Bestandteil sind Broschüren, Materialien, Infoveranstaltungen und Konzerte in Lichtenberg.

Wir planen Informationsveranstaltungen an Lichtenberger Schulen, in Jugendklubs und auf öffentlichen Plätzen.

Die zentrale Veranstaltung mit interessanten Gästen, viel Musik und Informationen über Mitmachmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in Lichtenberg findet am **18. März**, ab 19 Uhr, in der Jugendfreizeitanstalt „Linse“ an der Parkaue statt.

Georg Beyer

■ **Weitere Infos:** Telefon 0162-3706575
E-mail: Beyer0077@aol.com

Tumult in Zehlendorf

... und wir waren dabei. Es war eine stürmische BVV-Sitzung am 16. Februar. Die Tagung war in den Bürgersaal verlegt worden, um Platz für Presse und Besucher zu schaffen. Es war voll, denn es ging um den 8. Mai. Vorgeschichte und Ergebnis sind durch die Medien bekannt. Darum schildern wir hier nur unsere Eindrücke.

Antifa-Jugendliche „eröffneten“ mit einem Transparent und Sprechchören – „Deutsche Täter sind keine Opfer!“ „Wir danken der Roten Armee!“ – und waren verschwunden. Den Beifall einiger Gäste rügte der Vorsteher – man habe nicht das Recht zu Beifall oder Meinungsäußerung.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD baute zunächst Brücken, versuchte einen gütlichen Ausgleich. Doch schon Bürgermeister Weber wies ihn zurück. In einer langen, mit Zitaten gespickten Rede wandte er sich gegen eine „selektive, einseitig auf die Schuld Deutschlands“ gerichtete Geschichtsbetrachtung. Die Reden der anderen rechten Abgeordneten waren im gleichen Ton gehalten, voller Beschimpfungen. Man konnte kaum ruhig zuhören – immer wieder verließen Abgeordnete der anderen Fraktionen den Saal.

Und immer wieder gab es „unerlaubte“ Zwischenrufe. Schließlich rief jemand bei einer besonders wüsten Schimpftirade „Schwachkopf!“ und wurde aus dem Saal gewiesen. Als er nicht gleich ging, waren plötzlich junge Männer in Kapuzenanoraks da und trugen ihn mit seinem Stuhl hinaus. Seinen Nachbarn gleich mit.

Der junge CDU-Mann, der sich den Titel „Schwachkopf“ verdient hatte, war dann gegenüber einer Zeitung so unvorsichtig, seine Nähe zur NPD zu bekunden. Gegen ihn hat die CDU inzwischen ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Ein Bauernopfer?

Klug und sachlich argumentierten die Redner von der SPD und den Grünen. In dieser Sache standen sie voll auf unserer Position und unterstützten Sieglinde Wagner, die einzige Bezirksverordnete der PDS. In ihren Reden wiesen sie auch nach, dass früher schon mit Beschlüssen der BVV Nazis gefeiert und das Gedenken an ihre Opfer behindert wurden.

Unsere Genossin Wagner ist eine mutige Frau. In diesem stockkonservativen Bezirk hatte sie allein den Antrag zum Gedenken an den Tag der Befreiung eingebracht, den die Rechten dann ins Gegenteil verkehrten. Unterstützt sie, schreibt ihr! Oder schreibt an die anderen Fraktionen und tut eure Meinung kund. Vielleicht gelingt es, noch eine Umkehr zu erreichen.

Gerhard Bombal, Inge Junginger



Karlshorst-Jubiläum

Ganz Karlshorst bereitet seit einigen Wochen das Gründungs- und weitere Jubiläen vor. Schirmherrin Christina Emmrich und André Nowak, Sprecher der „Initiative 110 Jahre Karlshorst“, stellten im Januar das neue Logo und das Jubiläumsprogramm vor. Die Festwoche im Mai, Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung, Frühjahrsputz, Sportfest und Kiezspaziergänge sind einige Höhepunkte. Mit einem Gottesdienst in der Evangelischen Kirche in der Weseler Straße (13. März, 11 Uhr) wird die Aktion Stolpersteine fortgesetzt. Ab 1. März gibt es T-Shirts mit dem neuen Karlshorster Logo für eine Spende ab 10 Euro. Der Erlös dient der Finanzierung des Jubiläums.



■ **Mehr Infos:** www.karlshorst.de
Tel. 0170-5882700 (André Nowak)
oder nowak@karlshorst.de.

Sprach-Förderzeit zu kurz

Anfang Februar begannen auch in Lichtenberg die Sprachförderkurse (Deutsch) für Vorschulkinder. „info links“ befragte dazu Bildungsstadtrat Michael Räßler.

■ **„info links“:** Wie viel Vorschulkinder nehmen am geförderten Sprachunterricht teil, und was kostet das die Eltern?

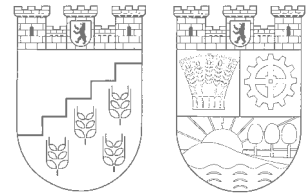
■ **Michael Räßler:** Es werden 93 Vorklassenkinder in 18 Vorklassen im Bezirk Lichtenberg gefördert. Der Sprachförderunterricht wird im Rahmen der Vorschulerziehung erteilt und kostet die Eltern nichts.

■ **„info links“:** Wer erteilt den Unterricht? Wie wurden die Lehrkräfte qualifiziert?

■ **Michael Räßler:** Der Unterricht wird bis auf eine Ausnahme von Vorklassenleiterinnen erteilt. In den letzten Jahren ist in den Vorklassen immer auch Sprachförderung durchgeführt worden. 10 der 18 Vorklassenleiterinnen haben sich in den letzten Jahren zusätzlich qualifiziert.

■ **„info links“:** Welche Probleme sind schon jetzt erkennbar?

■ **Michael Räßler:** Die zur Verfügung stehende Zeit reicht bei einigen Schülerinnen und Schülern wahrscheinlich nicht aus.



Plattform noch zu platt

Ende November vergangenen Jahres war die Bürgerplattform Karlshorst an die Öffentlichkeit getreten. „info links“ (10/2004) hat darüber berichtet. Nun gab es eine weitere Informationsveranstaltung im IN VIA-Center. Der Abend machte deutlich, dass es zwischen den Initiatoren der Plattform, die ein Netzwerk von Initiativen, Vereinen und engagierten „nicht organisierten“ Bürgerinnen und Bürgern entwickeln möchten, und Teilen des Publikums über Ziele und Arbeitsweise dieses Gremiums unterschiedliche Standpunkte gibt.

Einerseits wird strikte parteipolitische Neutralität angestrebt sowie Wert auf Distanz zur bezirklichen „Obrigkeit“ gelegt. Man will sich nicht vereinnahmen lassen und unabhängig bleiben. Andererseits sind

Verbündete durchaus willkommen, um zu wachsen, Einfluss zu gewinnen und gegebenenfalls auszuüben.

Die Diskussion zeigte, dass man den sehr konkreten Wünschen und Forderungen von Bürgern – z.B. Hilfe für die „abgesoffenen“ Stallwiesen-Kleingärtner (ein Karlshorster Dauerthema), für die Beseitigung von Schandflecken im öffentlichen Erscheinungsbild des Kiezes durch verwaarloste Grundstücke, die Standortproblematik der Schulen usw. – ohne ein vernünftiges Zusammenwirken mit den „zuständigen Instanzen“ auf Senats- oder Bezirksebene nicht gerecht werden kann. Diese Instanzen, einschließlich der parlamentarischen Gremien Abgeordnetenhaus und BVV, werden nun einmal von den politischen Parteien dominiert. Sie sind deren verfassungsrechtlich zugewiesenes Aktionsfeld, das zu

ignorieren hieße, sich selbst und seinen Möglichkeiten Fesseln anzulegen.

Wollte sich die Bürgerplattform darauf beschränken, Betroffenen und Hilfe Suchenden zu sagen, an welche Amtstür sie zu klopfen haben, ohne selbst initiativ zu werden, könnte das Fragen über Sinn und Zweck ihrer Existenz auslösen.

Die Bereitschaft beim Bürger, sich zu engagieren, ist durchaus vorhanden, zumal es in diesem Jahr genügend Anlässe gibt, z. B. 110 Jahre Karlshorst, 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, 50 Jahre Tierpark.

Noch steckt die Bürgerplattform in den Kinderschuhen, weitere Bürgertreffen und Workshops sind geplant, um Machern und Mitmachern Gelegenheit zu geben, über Weg und Ziel ihres Engagements zu streiten. In diffuser Unverbindlichkeit sollte man nicht verharren.

Dieter Görsdorf

Nein zu Studiengebühren!

„Schon gehört? Das Bundesverfassungsgericht hat Studiengebühren erlaubt.“ Nun, ich bin in den letzten Zügen meines Studiums und könnte behaupten, es gehe mich alles nichts an. Dennoch reizt mich diese heuchlerisch und unqualifiziert geführte Debatte. Ich werfe den Befürwortern von Studiengebühren vor, die durch PISA-Studien festgestellte und ungerechte fehlende soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems zu zementieren. Hier werden erneut sozial benachteiligte Schichten ihrer Aufstiegschancen beraubt. Da auch noch von sozialverträglichen Absicherungskonzepten bei Studiengebühren von 500 bis 1500 Euro pro Semester zu reden, ist Augenwischerei. Abgesehen davon, dass bis heute keiner der Verfechter ein solches Konzept aufgezeigt hat.

Daniel Tietze,
Student/Bezirksverordneter

Nun ist es also gekippt, das Verbot von Studiengebühren. Begründung: Bildung sei Ländersache. Das bedeutet, die Bundesländer können nun Gebühren für das Erststudium einführen. Das bedeutet aber auch, dass Berlin die Freiheit hat, dieses eben nicht zu tun. Die grundsätzliche Opposition der Studenten wie auch die des PDS-Landesparteitages vom Februar letzten Jahres hat die Gelegenheit, über das Flierische Studienkontenmodell in der öffentlichen Diskussion in Vorhand zu kommen, verstreichen lassen. Die Äußerungen von CDU (Koch), SPD (Platzek), also der „großen Koalition pro Studiengebühren“, sind jedoch ein Wahlkampfgeschenk für unsere Partei zu den Abgeordnetenhauswahlen 2006.

Christian Petermann,
Student/Bezirksverordneter

Aus meinem Notizbuch

von Jürgen Steinbrück, Geschäftsführer der PDS-Fraktion in der BVV Lichtenberg

■ 15. Februar

So ist das eben mit den Selbstverpflichtungen. Wir wollten eigentlich jeden 2. Dienstag Sprechstunden der Fraktion durchführen. Jahrelang hat das zwar geklappt, aber es kamen die Leute meist auf Voranmeldung oder zu anderen Tageszeiten, so dass eben die Sprechzeiten ein wenig in Vergessenheit gerieten. Ausgerechnet die Schulfusion stößt uns wieder mit der Nase darauf, dass nichts vergessen ist. Es finden sich zwei Bürger vor der verschlossenen Tür der Fraktion ein. Das zieht einen berechtigten Ärger nach sich – mit allem, was in solchen Fällen an Unverständnis geäußert wird. Also, neu nachdenken und Versprechen zu Taten werden lassen. Entschuldigung!

■ 19. Februar

Auf der Hauptversammlung treten am Schluss der Debatte die Bedenkenträger im Block auf. Sie sagen es nicht ganz so laut, aber sie lassen durchblicken, dass sie die Aufgabe der Berliner Koalition wünschen. Das wäre noch kein Beinbruch, wenn man uns wenigstens sagen wollte, was eigentlich dann sein soll. Keine Bürgermeisterin der PDS in Lichtenberg, keine vernünftige Politik in der Lichtenberger BVV, kein erfülltes Wahlprogramm der Lichtenberger PDS und Lächerlichkeit in der Öffentlichkeit wegen Flucht aus der Schwierigkeit. Wer das eine will, muss das andere mögen. Dann ist es doch besser, sich über manches zu ärgern, sich zu bemühen und zu versuchen, eine anständige Politik zu machen!

Achtung Kleingärtner!

1993 bildete sich der Arbeitskreis „Kleingartenwesen“, der später zu einem Berliner Arbeitskreis des Landesvorstandes der PDS Berlin wurde und unter der Leitung von Delia Hinz (MdA) steht. Hauptanliegen ist die Erhaltung und Erweiterung der Kleingartenanlagen (KGA) als fester Bestandteil der Stadtentwicklung. Es geht um den Bestandsschutz der KGA und deren Baulicheiten auf den Parzellen, auch der Geräteschuppen, die in der DDR errichtet wurden.

Dazu führt unser Arbeitskreis Tagungen durch – in Lichtenberg am **23. März** (Geschäftsstelle der PDS Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14). Zu den öffentlichen Veranstaltungen sind Kleingärtner und andere interessierte Bürger eingeladen. Besonders herzlich laden wir die Vertreter der Bezirksverbände der Kleingärtner und der Vorstände der KGA ein.

■ **Beginn: 15 Uhr**, öffentliche Sprechstunde des Arbeitskreises **17 Uhr**. Um **18.30 Uhr** bitten wir zum Treffen/Erfahrungsaustausch mit Mitgliedern und Sympathisanten der PDS, die Mitglied in Kleingartenvereinen im Stadtbezirk Lichtenberg sind.

Horst Skawran

Straßensammlung

Die Volkssolidarität, Landesverband Berlin e.V., führt auch in diesem Jahr ihre behördlich genehmigte Haus- und Straßensammlung durch. Vom 1.–31. März 2005 werden ihre Mitglieder Spenden sammeln, um soziale Fürsorge und kulturelle Betreuung für Kinder, Senioren, Alleinstehende, sozial Schwache und Behinderte wie bisher leisten zu können.



Befragt: Harald Wolf

Interview mit dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (aus: „Klartext“, PDS-Zeitung Friedrichshain-Kreuzberg)

■ **Klartext:** „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ – mit dieser Aktion waren Sie kürzlich mehrfach in der Presse. Was kommt nach den Tüten?

■ **Harald Wolf:** Vielleicht Bierdeckel? Ich weiß es noch nicht. Die Aktion mit den Bäckertüten war eine pfiffige Idee der Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke. Ich habe sie gerne unterstützt, weil so das Thema häusliche Gewalt enttabuisiert und im Alltag zur Diskussion gestellt wurde. Besonders freut mich, dass viele Unternehmen aus der Wirtschaft meinem Aufruf zum Sponsoring dieser Aktion gefolgt sind. Eine weitere Kampagne hat Chips für Einkaufswagen mit Anti-Gewalt-Slogans verteilt. Eins ist sicher: Bei der nächsten Aktion bin ich wieder dabei.

■ **Klartext:** Ein heißes Thema bleibt Hartz IV. Wie kann eine Senatsverwaltung verhindern, dass reguläre Jobs in der freien Wirtschaft durch Ein-Euro-Jobs ersetzt werden – etwa in Putzjobs oder der Gastronomie? Gibt es da Kontrollmechanismen?

■ **Harald Wolf:** Die beste Kontrolle ist eine wache Öffentlichkeit. In harten Verhandlungen haben wir uns Anfang Dezember mit Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Spitzenverbänden der Wirtschaft, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Erklärung zu diesen Zusatzjobs geeinigt. Darin wird unmissverständlich klar gestellt, dass sie reguläre Beschäftigung nicht verdrängen dürfen. Darauf werden wir alle Unterzeichner hinweisen, falls es nötig ist. Wir werden jeder Missbrauchsmeldung nachgehen.

■ **Klartext:** Der Senatsverwaltung ist es gelungen, auf Berlin-Ebene die One-Stop-Agency zu installieren. Was kann auf Bezirksebene getan werden, um für Investoren den „roten Teppich“ auszurollen?

■ **Harald Wolf:** Die Bezirke sind auf unsere Anregung dabei, ebenfalls einheitliche Anlaufstellen für Unternehmen zu schaffen. Unsere ZAK, die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen, arbeitet täglich mit den Bezirksverwaltungen zusammen, um Verfahren zu koordinieren und zu beschleunigen.

■ **Klartext:** Wieder einmal sind im Januar die Verbraucherpreise für Gas und Wasser gestiegen – unter Ihrem Vorsitz?

■ **Harald Wolf:** Die Gasag ist eine Aktiengesellschaft in Privatbesitz. Deren Geschäftspolitik kann ich nicht beeinflussen.

Nur wenn sie ihre Marktstellung missbrauchen würde, könnte die in meinem Haus angesiedelte Kartellbehörde einschreiten. Bei den Wasserbetrieben bin ich Aufsichtsratsvorsitzender. Aber auch hier gibt es private Mitgesellschafter, denen der CDU-SPD-Senat vor sechs Jahren bei der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe bestimmte Kalkulationsregelungen vertraglich zugesichert hat. Das wirkt preistreibend. Aus diesen Verträgen, gegen deren Abschluss ich damals protestiert habe, kommt



Foto: PDS-Fraktion

das Land Berlin heute nicht mehr heraus. Dennoch gibt es noch Möglichkeiten, den Preisanstieg in der Zukunft zu dämpfen. Ich habe im Aufsichtsrat der Wasserbetriebe bereits angekündigt, dass das Land Berlin als Gesellschafter diese Möglichkeiten auch ausschöpfen wird.

■ **Klartext:** Wie kommt es, dass ein PDS-Senator gleichzeitig in zehn Aufsichtsräten sitzt, wie die Presse berichtet?

■ **Harald Wolf:** Das frage ich mich manchmal selbst. Aber für die meisten landeseigenen Unternehmen ist in Berlin eben der Wirtschaftssenator zuständig. Das ist eine wichtige Kontrollfunktion und eine große Verantwortung. Denn die landeseigenen Unternehmen stellen trotz aller Probleme auch erhebliche Werte dar. Und die gehören allen Berlinerinnen und Berlinern. Ich übe auch in ihrem Namen die Kontrolle in den Aufsichtsräten aus. In den meisten Fällen ist das harte Sanierungsarbeit.

■ **Klartext:** Wie kommt der Ausbildungspakt in Berlin voran? Gibt es noch viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und wie kann diesen geholfen werden?

■ **Harald Wolf:** Die endgültige Bilanz liegt noch nicht vor. Aber ich bin optimistisch, dass im vergangenen Jahr alle Jugendlichen, die eine Ausbildung machen wollten und dafür qualifiziert waren, auch einen Platz bekommen haben. Während in ganz Deutschland die Zahl der neuen Ausbildungsplätze um etwa drei Prozent gestiegen ist, haben sich die Berliner Handwerksbetriebe und Unternehmen besonders ins Zeug gelegt und im vergangenen Jahr sogar 7,7 Prozent mehr neue Lehrstellen eingerichtet als 2003. Das muss man anerkennen. Und wir haben in Berlin schon ein halbes Jahr vor der Bundesregierung einen regionalen Ausbildungspakt hinbekommen, der auch Jugendlichen mit geringen Qualifikationen eine Chance gibt.

■ **Klartext:** Ein anderer Brennpunkt: Auch 2004 konnten die EU-Mittel für die Infrastrukturhilfen nicht vollständig abgerufen werden, weil die Co-Finanzierung durch das Land nicht klappt. Gibt es da Gespräche auf EU-Ebene, wie die Berliner Wirtschaft trotzdem an diese Hilfen kommt, denn das ist ja ein Dauerzustand?

■ **Harald Wolf:** Die Kofinanzierung durch das Land ist nicht das Problem. Die Investitionszuschüsse wurden im vergangenen Jahr erneut nicht vollständig abgerufen, ganz einfach, weil die Unternehmen zu wenig investierten. Dazu können wir sie nicht zwingen. Wir gehen jetzt dazu über, europäische Fördermittel in Fonds einzuspeisen, aus denen wiederum Darlehen und Beteiligungen finanziert werden. So verfallen die Mittel nicht. Hat das geförderte Unternehmen Erfolg und kann das Darlehen zurückzahlen, kommt das Geld erneut anderen Unternehmen zugute. Außerdem wird die Investitionsbank verstärkt Unternehmen finanzieren, die von Geschäftsbanken keine Förderkredite mehr bekommen, weil sich das für diese nicht lohnt. Dafür haben wir die Investitionsbank als selbständiges Geldinstitut aus der Landesbank herausgelöst.

■ **Klartext:** Was ist die wichtigste Aufgabe für den PDS-Wirtschaftssenator in den nächsten Monaten?

■ **Harald Wolf:** Ich werde alles tun, was in meiner Macht steht, damit wieder mehr Arbeitsplätze entstehen. Es gibt positive Anzeichen dafür. Ich will auch daran arbeiten, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Polen enger werden und gemeinsam mit unseren Nachbarn in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Westpolen die Gründung einer europäischen Oderregion vorbereiten. Und ich werde die Wirtschaftsförderprogramme neu ordnen und strategisch so ausrichten, dass wir in Zukunft mit weniger Geld größere Effekte erzielen können.

Verfassungswidrig

von Gesine Lötzsch

Seit dem 1. Januar ist das Hartz-IV-Gesetz in Kraft. Die PDS hat gegen dieses Gesetz gekämpft. Es ist unserer Meinung nach verfassungswidrig. Inzwischen gibt es erste Gerichtsurteile, die unsere Position bestätigen. So hat das Düsseldorfer Sozialgericht entschieden, dass die Anrechnung des Partnereinkommens bei unverheirateten Paaren gegen das Grundgesetz verstoße.

Petra Pau und ich sind weiterhin auf Montagsdemos in der ganzen Republik unterwegs, in letzter Zeit zum Beispiel in Plauen und Chemnitz, demnächst in Jena. Dabei erfahren wir viel von der konkreten Situation vor Ort. Neben Sachinformationen erleben wir auch die Verzweiflung der Menschen und das Gefühl der Demütigung. Wir erfahren, welche neuen Spannungen im Zusammenleben der Familien entstehen.

Darum nutzen wir auch jede Gelegenheit, im Bundestag auf alle mit Hartz IV zusammenhängenden Fragen hinzuweisen. In der Fragestunde im Bundestag berichtete Staatssekretär Staffelt, dass von den gegen Bescheide für das Arbeitslosengeld II bis zum 20. Januar eingelegten rund 141 000 Widersprüchen 9313 erledigt wurden. 5 150 Widersprüchen wurde stattgegeben. Ich fragte nach, aus welchen Hauptgründen Widerspruch eingelegt wurde. Diese Frage konnte noch nicht beantwortet werden. Der Staatssekretär erklärte, dass er schon unsere zukünftigen Fragen erwarte. Da kann er sicher sein.

Tobinsteuer?

Ende Januar nahm ich am 5. Weltsozialforum in Porto Alegre (Brasilien) teil. Das Weltsozialforum ist als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsgipfel in Davos entstanden. Es stand unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“. Voraussetzungen für eine andere Welt sind ein gerechteres Weltwirtschaftssystem und der Schutz öffentlicher Güter für alle. In Porto Alegre stand das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser eine zentrale Rolle.

Noch in Porto Alegre entnahm ich aus den Medien, dass Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel im Umfeld des Treffens in Davos einen bunten Strauß von Vorschlägen in die öffentliche Debatte gebracht haben. Die Einführung der Tobinsteuer, also der Steuer auf Spekulationsgewinne, sowie die Besteuerung von Waffenexporten und Flugbenzin wurden vorgeschlagen. Das sind Vorschläge, die wir als PDS nur unterstützen können. Die PDS war sogar lange Zeit die einzige Partei, die die



Foto: privat

Gesine Lötzsch war mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) beim Weltsozialforum in Porto Alegre. Die Bücher der RLS waren dort sehr gefragt.

se Vorschläge immer wieder in die öffentliche Debatte brachte. Darum fragte ich bei der Bundesregierung nach, ob diese Überlegungen mehr sind als unverbindliche Vorschläge, ob es Beschlüsse der Bundesregierung gibt, wie und bis wann diese umgesetzt werden sollen. Nachdem die Staatssekretärin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuvor einen langen Vortrag über die „Millenniumsziele“ gehalten hatte, wurde sie bei den konkreten Nachfragen sehr einsilbig. Sie verwies darauf, dass bisher zwar aus Paris, aber nicht aus London Unterstützung gekommen wäre. Zu der Tatsache, dass sich sowohl das französische als auch das belgische Parlament inzwischen für die Tobin-Steuer ausgesprochen haben, wollte sie sich gleich gar nicht äußern.

Bahn ohne Erinnerung?

Im Jahr 1942 wurden elftausend französische Kinder von Drancy bei Paris über Saarbrücken, Mannheim, Frankfurt und Dresden auf dem Schienennetz der Deutschen Reichsbahn nach Auschwitz deportiert. Eine Fotoausstellung „Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs“ wurde viele Wochen auf zahlreichen französischen Bahnhöfen gezeigt. Die Deutsche Bahn sah sich aus personellen und finanziellen Gründen nicht in der Lage, diese Ausstellung zu zeigen. Ist das das letzte Wort? Ein Brief an Bahnchef Mehdorn ist unterwegs.

Ladet uns ein!

Gern kommen wir zu aktuellen Fragen der Gesellschaftspolitik sowie der PDS in Basisorganisationen, Vereine und Initiativen. Einfach anrufen!

So sind wir zu erreichen:

- K. Hopfmann: 23252596*
- G. Lötzsch, MdB: 2277 1787 (Bundestag), 9927 0725 (Wahlkreisbüro)
- St. Schulze: 2325 2580*
- I. Simon: 23252587* oder 784 87 83 (privat)
- G. Sayan: 23252597*
- P. Zoti: 23252553*, 9240 8766 (privat) oder 0151-15602356 (Handy)

(* Telefon im Abgeordnetenhaus)

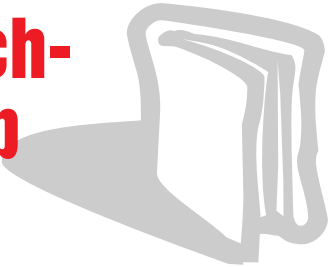
Unsere Sprechstunden

- **K. Hopfmann:** nach telefonischer Vereinbarung
- **G. Lötzsch,** MdB: 15.3., 17 Uhr, Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Str. 5
- **St. Schulze:** 7.3., 17 Uhr, „Kiezspinne“, Harnackstraße 25, sowie 4.4., 18 Uhr, Rathaus Lichtenberg
- **I. Simon:** 16.3., 17 Uhr, Wahlkreisbüro Gesine Lötzsch
- **G. Sayan:** 6.4., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin B. Stenzel), sowie jeden Montag, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **P. Zoti:** 14.3., Abgeordnetenhaus, sowie 30.3., Wahlkreisbüro Gesine Lötzsch, jeweils 17 Uhr

Alle Abgeordneten bieten auch Termine nach telefonischer Vereinbarung an.



Buch-Tipp



Marek und Maria

Ich suchte für meine 14-jährige Enkelin ein Buch, eine Liebesgeschichte. Beim Namen Waldtraut Lewin hielt ich inne – ich schätze die Schriftstellerin sehr. „Marek und Maria“ steht auf dem Einband.

Es ist die Liebesgeschichte eines jungen Mädchens und eines wenig älteren Jungen. Der ist aber ein Zwangsarbeiter aus Polen. Und die Handlung spielt sich an zwei Tagen ab – dem 13. und 14. Februar 1945 in Dresden. Die beiden warten sehnlich auf das Ende des Krieges, um ihre Liebe nicht mehr verstecken zu müssen. Wie durch ein Wunder überleben sie in dieser Nacht das Inferno.

Darin gibt es noch eine andere Hölle – die Verblendung der Menschen. Im Feuersturm erkennt jemand den „Polacken“ und schreit nach der Polizei. „Razzien“ suchen nach Agenten, die den Angriff „gesteuert“ haben sollen. „Jetzt wird durchgegriffen!“ freut sich eine junge Frau. Schließlich fällt Marek in die Hände der Gestapo.

Wie erleben junge Menschen das Grauen der Bombennacht? Eine so intensive Schilderung habe ich noch nie gelesen. Die zweite Hölle ist noch erschütternder: Hass und Unmenschlichkeit, wo gegenseitige Hilfe nötig wäre. Die erfahren die beiden nur zweimal – allerdings lebensrettend, vorerst.

Wie erleben junge Menschen das Grauen der Stadt Dresden. Eine tief bewegende Liebesgeschichte, die mich nicht losließ. Eine schöne Art, der Jugend geschichtliche Wahrheit nahe zu bringen.

Inge Junginger

- Waldtraut Lewin: „Marek und Maria“, Beltz & Gelberg 2004, 229 Seiten, 12,90 €, ISBN 3-40780-922-0

Gedenkveranstaltungen 2005

„info links“ setzt die Information von Ausgabe 1 über zentrale Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der Befreiung fort, um Sie, liebe Leserinnen und Leser, in Ihrer Planung für das Jahr 2005 zu unterstützen.

- **4. Mai**
Wiedereröffnung Gedenkstätte Neuen-gamme
- **8. Mai**
Der VVN/BdA hat den zentralen staatlichen Institutionen (Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundestagspräsident) vorgeschlagen, an diesem Tage einen Staatsempfang im Hause des Bundesrates für antifaschistische (vor allem deutsche) Widerstandskämpfer aller Richtungen und Strömungen zu geben. (Antwort steht aus.)

- **9. Mai**
Bundeskanzler Schröder nimmt in Moskau an den Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ teil
- **10. Mai**
Einweihung des Holocaust-Denkmal in Berlin
- **28./29. Mai**
Bundeskongress der VVN in Frankfurt am Main
- **August**
Veranstaltungen zum Potsdamer Abkommen
- **September**
Gedenkveranstaltung im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stukenbrock
- **Oktober/November**
VVN plant „Tribunal“ zur Erinnerung an den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1945/1946

Info links

Herausgeber:
PDS-Bezirksverband Lichtenberg
Redaktionskollektiv, v. i. S. d. P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion:
Geschäftsstelle der PDS
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47
Fax: 030/51 65 92 42

E-mail: lichtenberg@pds-berlin.de
Web: www.pds-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss: 24.2.2005

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 3/2005: 7.3., 15 Uhr; und 22.3.2004, 16 Uhr
Redaktionsschluss für Ausgabe 3/05: 21.3.2005
Die nächste Ausgabe erscheint am 7.4.2005.

Druck: Druckerei Bunter Hund
Gestaltung: Jörg Rückmann
Die Herstellung dieser Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Veranstaltungen

- **Dienstag, 8.3., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 9.3., 19 Uhr**
Satirisches Kabarett über Probleme des Alltags; Klubraum, Sporthalle, Anton-Saefkow-Platz
- **Sonabend, 12.3., 10 Uhr**
Gedenken an die im März 1919 ermordeten Spartakus-Kämpfer; „Blutmauer“, neben dem Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße
- **Sonntag, 13.3., 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Was wird mit dem Aufbau Ost?“, mit Dr. Ulrich Busch
- **Montag, 14.3., 19 Uhr**
BVV-Fraktionsversammlung; Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Mittwoch, 16.3., 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung; Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103, ab 16.30 Bürgerfragestunde
- **Freitag, 18.3., 10 Uhr**
Ehrung von Georg Lehnig, Georg-Lehnig-/Ecke Erich-Kuttner-Straße; Ehrung von Karl Lade; Ärztehaus Karl-Lade-Straße
- **Mittwoch, 23.3., 18.30 Uhr***
Treffen des Arbeitskreises „Kleingartenwesen“ beim Landesvorstand Berlin der PDS mit Mitgliedern der PDS, die Mitglieder in Kleingartenvereinen sind, ab 17 Uhr öffentliche Sprechstunde des Arbeitskreises
- **Mittwoch, 23.3., 18.30 Uhr****
Beratung mit den Wahlkreisaktiven (Hohenschönhausen)
- **Donnerstag, 24.3., 19 Uhr**
Bürgerforum mit Harald Wolf: „Hartz IV und Beschäftigungspolitik in Berlin“; Anton-Saefkow-Bibliothek
- **Montag, 4.4., 19 Uhr**
„Eine Verfassung für Europa – Chancen und Risiken des Verfassungsentwurfs“ mit S.-Y. Kaufmann, MdEP, G. Löttsch, MdB, St. Schulze, MdA; Kiezspinne, Harnackstraße 25
- **Dienstag, 5.4., 19 Uhr**
„Wie weiter Amerika?“, Veranstaltung mit Prof. Karl Drechsler; Kinderhaus, Neustrelitzer Straße 57

Präzisierungen: www.pds-lichtenberg.de

* Veranstaltungsort: Alfred-Kowalke-Straße 14

** Veranstaltungsort: Ahrenshooper Straße 5

Bitte beachten!

Die Geschäftsstelle der PDS bleibt am 24. März geschlossen.